

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1949 1948

93 (19.10.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft mbH. Lehr (Baden), Bankkonto: Oberhausische Bank, Filiale Lehr, Postbeschriftung 6400 Freiburg, Redaktion: Lehr, Telefon 2345 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Rastatt, Telefon 2557
Postbeschriftung Karlsruhe 254, Girokonto Bezirksparlament Baden - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Offenburg, Telefon 1339 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Freiburg i. Br., Telefon 2765 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Lorrach, Telefon 2431 - Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag - Bezugspreis: DM 2.10 einschließlich Trägerlohn, DM 2.30 bei Postberg - Gültige Anzeigen- und Preisliste 4 - Telegramm-Adresse: „Neubaden“

NR. 93 / 2. JAHRG.

A 8

DIENSTAG, DEN 19. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Um den Zusammenschluß von Baden und Württemberg:

Dr. Heuß antwortet Staatspräsident Wohleb

Südweststaat ein gesamtdeutsches Problem - Wohleb hat die deutsche Flurbereinigung verhindert
Die Bedeutung der pfälzischen Frage - Warnung vor Verrat an Jugend und Flüchtlingen

Auf einer Kundgebung der Demokratischen Partei in Lehr setzte sich am Samstagabend Prof. Th. Heuß-Heidelberg, dem kürzlich ein so bedeutendes Blatt wie die „Neue Zürcher Zeitung“ seine „wohltuende geistige Führerschaft“ bei den Beratungen der parlamentarischen Rates in Bonn bescheinigte, u. a. auch mit der Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg auseinander. Seine aus weitgespannter geschichtlicher Zusammenfassung fließenden Ausführungen, von seelisch-menschlichem Ethos von oft dichterischer Prägung getragen, stellten gleichzeitig eine Antwort an Staatspräsident Dr. Wohleb dar, der sich unlängst ebenfalls in Lehr zur gleichen Frage geäußert hatte.

Nach einem Hinweis auf die Gefahr des Auseinanderlebens des in Bezugszonen aufgespaltenen deutschen Volkes und die Notwendigkeit der Neubegrenzung der Länder führte Prof. Dr. Heuß u. a. aus:

Die beiden Staaten Baden und Württemberg sind in napoleonischer Zeit aus vielfältigem Streubesitz geworden, wobei es nicht immer sehr heroisch zugegangen ist.

Ich weiß nicht, ob wir heute die Traditionskompagnie jener Vergangenheit werden sollen oder dürfen

und ob geschichtliche Gegebenheiten heilig gesprochen werden müssen. Das Gefüge Deutschlands macht eine Vereinfachung der Grenzen notwendig. Es ist notwendig, auch gegenüber einem Bayern, das nach der Zerschlagung Preußens hegemoniale Herrschaftsansprüche geltend macht, ein größeres Gebilde im deutschen Südwesten zu schaffen.

Bei einem Zusammenschluß sind die Württemberger nicht die Nehmenden, sondern die Gebenden, denn sie haben das Glück gehabt, daß ihre Städte nicht so zerstört worden sind wie in Baden.

Die Dinge haben aber einen gesamtdeutschen Aspekt

Bei den Beratungen auf Hohenneuffen hat Dr. Wohleb in seiner Tischrede erzählt, er habe früher, als er Theologie studierte, überlegt, aus welchem Volke wohl Judas Ischariot stammen könne; dann sei er dahinter gekommen, Judas müsse vermutlich ein Württemberger gewesen sein (!). So etwas vertragen verständlicherweise die Württemberger nicht.

Eines habe ich Dr. Wohleb staatspolitisch sehr übel genommen, daß er durch seine Entscheidung in Bonn die Arbeit der Ministerpräsidenten aus persönlicher Verstimmlung zerschlagen und die deutsche Flurbereinigung unmöglich gemacht hat. Durch seine Geste gegenüber seinem Parteifreund Ehard in München hat er außerdem die Ansprüche von Ländern, die irgendwo an der Pfalz interessiert erscheinen, herausgelockt und verkannt, daß die Pfalz auch ein außenpolitisches-territoriales Problem darstellt, da ja die deutsche Grenze im Westen an der Saar liegt.

Die Fragen des badisch-württembergischen Verhältnisses müssen größer gesehen werden, als sie von Freiburg aus dargestellt worden sind. Innerhalb des Deutschen Bundesstaates müssen ausgeglichene Körper entstehen.

Man kann Dr. Wohleb auch nicht den Vorwurf ersparen, daß er den Koordinationsausschuß an der Nase herumgeführt und seine eigenen Vertreter in ihm desavouiert hat.

CDU-Minister gegen CDU-Staatspräsident

Es war für uns eine Genugtuung, daß Finanzminister Dr. Köhler, der bei diesen Auseinandersetzungen lange Zeit Fahnenführer der badischen Tradition gewesen ist, mit voller Einsicht in die gesamte außenpolitische Situation in dieser Frage jetzt gegen seinen Freund und Parteigenossen Wohleb steht, weil hier nicht badische und württembergische, sondern nur gesamtdeutsche Gesichtspunkte maßgebend sein dürfen.

In seinem Schlußwort ergänzte Prof. Dr. Heuß seine Ausführungen über die pfälzische Frage. Die Pfalz, erklärte er dabei, sei an der Frage des badisch-württembergischen Zusammenschlusses stark interessiert. Es seien dort sehr starke Strömungen für die Schaffung einer Verwaltungseinheit Kurpfalz im größeren Gesamtrahmen vorhanden. Die Pfalz, die selbst starke Kriegsschäden erlitten habe, strebe nach dem nordbadischen Bereich hin und liege einer künftigen Haupt-

stadt Stuttgart immer noch wesentlich näher als München.

Vereinfachung der Staatsverwaltung

Dem von einem Aussprachredner ausgesprochenen Zweifel, ob in einem vereinigten Baden-Württemberg die Staatsverwaltung auch tatsächlich billiger sei, begognete der Redner mit dem Hinweis, daß wir gegenwärtig Regierungen in Freiburg, Stuttgart und Tübingen und eine halbe Regierung in Karlsruhe hätten. Das sei zu viel, nicht wegen der Beamtengehälter, die nicht so in die Waagschale fielen, sondern weil die gleichen Fragen von gleichen Stellen viermal bearbeitet werden müßten, während es für die Gesamtwirkung besser sei, sie an einer einzigen Stelle zu behandeln und ihre Durchführung den Selbstverwaltungskörpern zu überlassen. Er trat weiterhin der Auffassung entgegen, als hätten die Besatzungsmächte den badisch-württembergischen Zusammenschluß „oktroziert“ und damit einen Zankapfel zwischen die beiden Nachbarn geworfen. Die Londoner Empfehlungen hätten den Deutschen eine Grenzvereinbarung nahegelegt, und die Ministerpräsidenten hätten ihre Vorschläge gemacht. So

Die Tradition von Millionen Heimatloser sind nur Tränen!

Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen

Etwa 30 Prozent Stimmenverlust der Kommunisten - 70 Prozent Wahlbeteiligung

Düsseldorf. Nach bisher vorliegenden Ergebnissen aus sämtlichen 37 kreisfreien Städten und 27 der 57 Landkreise Nordrhein-Westfalens führt - bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 70 Prozent - die SPD mit rund 1.500.000 vor der CDU mit rund 1.400.000 Stimmen. Es folgen das Zentrum mit 430.000, die KPD mit 385.000 und die FDP mit rund 304.000 der abgegebenen gültigen Stimmen.

Bei diesem Ergebnis ist jedoch zu beachten, daß noch etwas mehr als die Hälfte der Landkreise fehlen; Gebiete, in denen die CDU den Schwerpunkt ihrer Wähler hat. Einen spürbaren Rückgang hat nach dem bisherigen

Bild die KPD zu verzeichnen, die im Rhein-Ruhrgebiet immer die drittstärkste Partei gewesen ist. Daran dürften auch die noch ausstehenden Ergebnisse nichts ändern. Der Stimmenrückgang bei den Kommunisten beträgt etwa 30 Prozent. Eine Uebersicht über die Parlamente der kreisfreien Städte und der Kreistage zeigt, daß in den Industriestädten NRW die SPD die Mehrheit hat, während in den Kreistagen die CDU führt. Düsseldorf und Köln bilden neben einigen anderen Städten hierbei Ausnahmen. Die FDP hat nach den bisherigen Ergebnissen ihre Position gehalten, zum Teil sogar etwas verbessern können. Eine endgültige Uebersicht wird erst in etwa 2-3 Tagen möglich sein.

Halte! Ihr bei aller Wertschätzung der Tradition in dieser Zeit den Kleinstaatbetrieb noch für zweckmäßig!

Südbaden sei ohne seine Schuld eines der finanzschwächsten Länder geworden. Es habe viel schlimmere Budgetverhältnisse als Südwürttemberg und Württemberg-Baden zum Ausdruck genommen. Das badische Volk müsse sich überlegen, ob Südbaden durch Aufgehen im gesamtdeutschen Verband nicht größerer Leistungen vollbringen könne und gesicherter sei denn als ein Kleinstaat an der Schweizer und französischen Grenze. Tradition sei gut, aber man dürfe nicht ihr Sklave werden in politischen Entscheidungen, weil man sonst die Jugend um ihre Zukunft beträume.

Man dürfe auch nicht, wie es Staatspräsident Wohleb getan habe, die Flüchtlinge diffamieren, indem man sie von dem Recht der Abstammung ausschließt, denn:

Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen

Etwa 30 Prozent Stimmenverlust der Kommunisten - 70 Prozent Wahlbeteiligung

Bild die KPD zu verzeichnen, die im Rhein-Ruhrgebiet immer die drittstärkste Partei gewesen ist. Daran dürften auch die noch ausstehenden Ergebnisse nichts ändern. Der Stimmenrückgang bei den Kommunisten beträgt etwa 30 Prozent. Eine Uebersicht über die Parlamente der kreisfreien Städte und der Kreistage zeigt, daß in den Industriestädten NRW die SPD die Mehrheit hat, während in den Kreistagen die CDU führt. Düsseldorf und Köln bilden neben einigen anderen Städten hierbei Ausnahmen. Die FDP hat nach den bisherigen Ergebnissen ihre Position gehalten, zum Teil sogar etwas verbessern können. Eine endgültige Uebersicht wird erst in etwa 2-3 Tagen möglich sein.

Sowjets verhindern Lösung der Berliner Frage

Wyschinski ignoriert Vermittlungsversuch der Neutralen - Heute Fortsetzung der Debatte im Sicherheitsrat - Werden sich die UN bewähren?

Paris. Die Frage, die sich nach der letzten Sitzung im Sicherheitsrat, auf der die Berliner Frage behandelt wurde, aufdrängt, ist die: werden die UN sich bewähren können? Der Vorsitzende des Sicherheitsrates, der argentinische Außenminister Bramuglia, hatte an die vier im Streit befindlichen Großmächte das Ersuchen gerichtet, Auskünfte und Einzelheiten über die Verkehrsbeschränkungen und Abmachungen zu geben.

Die drei Westmächte haben sich bereit erklärt, dem Sicherheitsrat die verlangten Auskünfte zu geben. Wyschinski dagegen hat es brüsk abgelehnt. Der Sicherheitsrat der UN sei, wie er schon betont habe, für die Frage Berlin nicht zuständig. Die Behandlung der Berliner Frage wird heute im Sicherheitsrat fortgesetzt werden.

Die UN-Vollversammlung am Samstag diskutierte über einen Bericht der juristischen Kommission über die an den Generalsekretär der Organisation der Vereinigten Staaten (ehemalige Panamerikanische Union) zu richtende Aufforderung, fernerhin den Sitzungen der UN-Vollversammlung bei zuwohnen. Der Bericht wurde mit 34 gegen 6 Stimmen (UdSSR und die Länder Osteuropas) bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Versammlung billigte ferner einen Vorschlag, den mexikanischen Antrag, einen Appell an die Großmächte zu richten, damit sie ihre Bemühungen zwecks Erzielung eines Uebereinkommens und Schaffung eines dauerhaften Friedens verdoppeln mögen, an die politische Kommission zu verweisen.

Delegiertenwahlen in Frankreich

Paris. Ueber 500.000 Stadträte wählten am Sonntag 100.011 Wahldelegierte, die ihrerseits wieder am 7. November die Mitglieder des französischen Oberhauses, des Rats der Republik, wählen werden. Die Wahldelegierten verteilten sich nach einem am Montag-

morgen vom französischen Innenministerium veröffentlichten Gesamtergebnis wie folgt auf die einzelnen Parteien und Gruppen: Unabhängige Radikale und Unabhängige Republikaner 21.178, Sozialisten (SFIO) 17.590, Gaullisten 12.998, Radikale und Radikalsozialisten 12.324, Kommunisten und Angeschlossene 10.249, Republikanische Volkspartei (MRP) 8890, Unabhängige Sozialisten und Unabhängige der Rechten 8424, Republikanische Freiheitspartei (PRL) 3293, Vereinigte Rechte (UDSR) 809, Verschiedene 3203.

Marshall Ehrendoktor

London. Außenminister Marshall wurde am Montag zum Ehrendoktor der Universität von London ernannt. Die Universität verlieh gleichzeitig dem ehemaligen britischen Premierminister Churchill, dem Dichter Walter de la Mare, Sir Alexander Fleming, dem Erfinder des Penicillin, und dem Erzbischof von Canterbury, Dr. Fisher, die Ehrendoktorwürde.

Errichtung einer Dreimächte-Verwaltung

Frankfurt soll oberste Instanz bleiben - Französische Militärregierung will zonale Militärverwaltung beibehalten

Frankfurt. Die Errichtung einer Dreimächte-Verwaltung ist nach Verlautbarungen aus dem Zweimächte-Kontrollamt in das Stadium konkreter Vorschläge getreten. Wie es hierzu heißt, hat die amerikanische Militärregierung nach Weisung aus Washington ihre Gedanken darauf gerichtet, daß grundsätzlich Frankfurt oberste Instanz bleiben soll. Während hierbei die amerikanische Regierung die Meinung vertritt, mit Einführung der Dreimächte-Verwaltung die Kontrollfunktionen weitgehend einzuschränken, sind die briti-

Bonn

Die Arbeiten des Parlamentarischen Rates stehen nicht im grellen Licht der Scheinwerfer, sondern im Zeichen nüchterner und sachlicher Ausschlußberatungen. Hier liegt auch das Tätigkeitsfeld der demokratischen Fraktion, die trotz ihrer kleinen Zahl von 3 stimmberechtigten Mitgliedern und einem Forliner Abgeordneten das Zünglein an der Waage bildet. Das bringen die Mehrheitsverhältnisse mit sich, denn je 27 Abgeordnete der CDU stehen 27 Abgeordnete der SPD gegenüber; dazwischen befinden sich je zwei Vertreter des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD. So liegt auf der kleinen liberalen Gruppe ein besonderes Maß von Verantwortung, zumal sie oft vor schwierigen Entscheidungen gestellt ist.

Ein Staatsgrundgesetz kann nicht mit Kleinen, bei der Abstimmung über die einzelnen Artikel möglicherweise wechselnden Mehrheiten angenommen werden. Eine Verfassung braucht, um ein überzeugungskräftiges Mittel der Staatsentwicklung zu werden, eine überwältigende Mehrheit. Immer wieder ist es notwendig, daß die demokratische Fraktion zwischen den grundsätzlichen Auffassungen der beiden großen Flügelparteien vermittelt und einen Ausgleich oder eine Ueberbrückung sucht, ohne dabei die eigenen Grundsätze preisgeben. Dadurch ist der Fraktion der Demokratischen Partei eine Verpflichtung von geradezu geschichtlicher Tragweite zugefallen.

Der erste Monat nach dem Zusammentritt des Parlamentarischen Rates stand im Zeichen des vorhandenen Materials. Es mußte zuerst ein Apparat aufgebaut werden, um überhaupt arbeiten zu können. Nachdem diese Vorarbeiten nunmehr abgeschlossen sind, treten die Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium. Nun wird verhandelt und beraten, um die Rechtsgrundlage und Organisationsform der zukünftigen Deutschen Bundesrepublik zu schaffen.

Der Widerhall der Bonner Beratungen in der deutschen Öffentlichkeit entspricht nur schwach ihrer Tragweite. Die großen Enttäuschungen des Zusammenbruchs haben die politische Glaubwürdigkeit abgenutzt. Es ist eine Tragik, daß zum zweitenmal ein demokratischer Staatsaufbau auf deutschem Boden beginnt, der mit einem verlorenen Krieg sowie einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch belastet ist, der beispiellos in der Geschichte der Völker steht.

Es gehört nicht viel politisches Erkenntnisvermögen dazu, um den vorläufigen Charakter des Bonner Gesetzgebungswerkes zu erkennen. Eine andere Frage dabei ist, ob die ständige Betonung des Provisorischen weitblickende Entschlußkraft bezeugt. Die deutschen Gebiete und Volksteile jenseits des eisernen Vorhanges sind durch höhere Gewalt verhindert, sich an dem Werk zu beteiligen. Das schließt aber nicht die Verpflichtung aus, dieser neuen deutschen Volkordnung ein solches Maß von Ueberzeugungskraft und Verbindlichkeit zu geben, daß sie eine tragfähige und standfeste und auch dauerhafte Lebensgrundlage wird.

Ueber einen Gesichtspunkt darf man sich allerdings nicht täuschen: Das Ansehen und damit auch der Erfolg der neuen deutschen Volkordnung wird wesentlich von der Wiederfreigabe der deutschen Verantwortung durch die Besatzungsmächte abhängen. Die Nachkriegszeit hat Volksvertretungen in Gemeinden, Ländern und Zonen gebracht, die aus mittelbaren oder unmittelbaren Wahlen hervorgegangen sind. Sie haben es nicht vermocht, in weiten Kreisen des deutschen Volkes den demokratischen Gedanken zu vertiefen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß man ihnen bei entscheidenden Entschlüssen keine echte parlamentarische Verantwortung einräumen.

So wird die eigentliche geschichtliche Verpflichtung des Parlamentarischen Rates in Bonn darin bestehen, die entscheidende Wendung im Verhältnis des deutschen Volkes zu den anderen Völkern herbeizuführen. I.

Errichtung einer Dreimächte-Verwaltung

Frankfurt soll oberste Instanz bleiben - Französische Militärregierung will zonale Militärverwaltung beibehalten

schen Ansichten nicht auf eine drastische und sofortige Einschränkung der Machtbefugnisse abgestellt. Ihre Meinung nach dürfte die Uebergabe wirtschaftlicher und politischer Funktionen an die deutschen Stellen nur nach und nach erfolgen.

Der französische Vorschlag sieht vor allem eine Beibehaltung der zonalen Militärverwaltung vor. In dem Vorschlag heißt es, daß die einzelnen Militärregierungen in ihren Zonen weiterhin eigene Gesetzesbefugnisse besitzen müssen.

Bahere Kundgebung der Demokratischen Partei.

Demokratie im Kampf um die Freiheit

Dr. Heuß über Neuformung der deutschen Einheit — Deutschlands Weg von der Katastrophe in die Zukunft

In einer Wahlkundgebung, zu der die Demokratische Partei, Ortsverein Lehr, am letzten Samstag geladen hatte, kam mit Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Theodor Heuß nicht nur das Mitglied des Parlamentarischen Rats, sondern auch ein jahrzehntelanger Vorkämpfer echter, lebendiger Demokratie zu Wort.

Die Gemeindegewählten, so führte Dr. Heuß einleitend aus, fallen in den Zeitpunkt der großen Politik oder wenigstens des Versuchs, in die Politik größere Gesichtspunkte hineinzubringen, so daß es notwendig erscheint, auch von diesen Dingen zu sprechen.

Die Gemeinde hat ihren tieferen Sinn aus der Tatsache bekommen, daß sie bei der Erschütterung des großen Staatsverbandes relativ ruhig blieb.

Von der Gemeinde, vom Uebersehbaren aus, begann die Demokratie zu wachsen. Es begann zuerst in der amerikanischen, dann in der französischen Zone mit Gemeinde- und Kreiswahlen, dann folgte die Zusammenfassung der amerikanischen und der britischen Zone und der Länder, der in der französischen Zone nichts Vergleichbares gegenübersteht.

Die große Gefahr, die wir alle vor uns sehen, ist die, daß mit der Schaffung von Triozonen und mit der Errichtung eines Parlamentes mit deutscher Zustimmung etwas wie eine Spaltung in das deutsche Schicksal getragen würde, sagte Prof. Dr. Theodor Heuß anlässlich einer Großkundgebung der Demokratischen Partei in Lehr.

„Wir müssen etwas Stabiles schaffen“ Ich habe in meiner Bonner Rede gewarnt, offen vom Provisorium zu reden, denn es birgt die Gefahr in sich, die Dinge mit leichter Hand zu erledigen, mit dem Wissen, morgen oder übermorgen machen wir etwas anderes.

Zweiter Bundestag der Gewerkschaften

Kirchzöfner: Versorgung mit Kartoffeln und Getreide gesichert

Freiburg. Am Freitag wurde in Anwesenheit von Vertretern der Militärregierung, Staatspräsident Wohleb, Oberbürgermeister Dr. Hoffmann sowie Gästen aus allen vier Zonen der 2. Bundestag des Gewerkschaftsbundes eröffnet.

Nach einer einleitenden Eröffnungssprache des 1. Vorsitzenden Reibel, der die bisher geleistete Arbeit des Bundes würdig, ergriff Staatspräsident Wohleb das Wort. Er kommt mit zwiespältigen Gefühlen, so führte Wohleb aus.

Ich habe mich gegen die Auffassung der Sozialdemokratischen Partei gewehrt, daß bevor die Verfassung ausgearbeitet wird, das Besatzungsstatut variiert soll; denn dies hat die Gefahr in sich, daß man sich immer nur in diesen Grenzen bewegt, während wir jetzt die Unbefangtheit haben, das größtmögliche Maß an Freiheit auszuschöpfen.

Die Aufgabe der Demokratischen Partei

Wir haben jetzt in Bonn die Aufgabe, rein sachlich das Beste zu machen, sagte der Redner. Die Freie Demokratische Partei sei mit ihren 6 Lesern eine kleine Gruppe. Dieser Gruppe ist jedoch innerhalb des Parlamentes eine beachtliche Machtstellung gegeben, weil ihr die Aufgabe zugefallen sei, den Versuch zu machen, zwischen den Auffassungen der beiden großen Gruppen zu einer Synthese oder zu einem Kompromiß zu kommen.

Sozialismus und freie Wirtschaft

Nachdem der Redner eingehend zur Frage des Südweststaates vom gesamtdeutschen Standpunkt aus Stellung genommen hatte,

Preisangleichung Bizone — französische Zone

Einheitliche Linie der drei Westzonen in der Preispolitik — Preiserhöhung für Vieh und Südbaden

Baden-Baden. Am 15. Oktober fand in Baden-Baden eine gemeinsame Tagung der Leiter der Preisbildungseinheiten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der französischen Zone statt, an der auch Vertreter der amerikanischen, der britischen und der französischen Militärregierung teilnahmen.

In einzelnen wurde u. a. die Durchführung der Preisüberwachung auf Grund der neuen Bestimmungen gegen Preistreiberei besprochen. Wie in der Bizone, so sollen nun auch in der französischen Zone die Kontrollen, die sich auch auf den Schwarzmarkt und den ungesetzlichen Warenverkehr erstrecken werden, veranlaßt werden.

Die Verbilligungsprogramme sind sowohl in der Bizone wie auch in der französischen Zone angelehnt und werden präzis aufeinander abgestimmt. Die Preisbildungseinheiten waren der Auffassung, daß diese Verbilligungsprogramme die notwendigen Grundlagen für die Herabsetzung des übersetzten Preisstandes sind.

Wie „Südema“ erfährt, ist die Angleichung der Preise für Vieh und Getreide in Südbaden an die der Bizone angeschlossen worden. Die Preisbehörde wird die entsprechenden Verfügungen in Kürze erlassen.

Einigung über Zusammenlegung JEIA und Oficomex

Frankfurt. Wie aus alliierten Kreisen verlautet, ist auf der gegenwärtigen Besprechung zwischen den Militärgouverneuren der Doppelzone, Clay und Robertson, und dem stellvertretenden französischen Militärgouverneur Nolret eine Einigung über die gemeinsame Arbeit von JEIA und Oficomex zustande gekommen.

Der Zeitpunkt der Zusammenlegung von JEIA und Oficomex ist in der Besprechung nach Aussagen amerikanischer Kreise noch nicht endgültig festgelegt worden, doch sei die Zusammenlegung nicht rückwirkend zu verstehen. Der Vereinigungstermin würde zu gleicher Zeit bekanntgegeben, zu der auch die Unterzeichnung in Berlin stattfinden würde.

Die in der Dreierbesprechung angeschnittene Frage über die wirtschaftliche Vereinigung der drei Westzonen, so heißt es im

in Zukunft noch bevorstehend und betonte das bisherige gute Einverständnis zwischen Regierung und Gewerkschaften.

Nachdem Vertreter der Militärregierung den Anwesenden die Gründe der direction travaille und die besten Wünsche zum Gelingen der Tagung übermittelt hatten, gab Landwirtschaftsminister Kirchzöfner einen Überblick über die gegenwärtigen Ernährungslage. Die Versorgung mit Kartoffeln und Getreide sei gesichert. In der Fleischwirtschaft hoffe er jetzt, da die Preise den Niveau der Bizone angeglichen seien, auf eine wesentliche Besserung.

Danach trat der Bundestag in die sich über drei Tage erstreckenden Beratungen ein. Zur Debatte standen Lohn- und Preisfragen, die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Fragen organisatorischer und interner Art.

vorüber an anderer Stelle berichtet wird, sagte er zum Problem Sozialismus oder freie Wirtschaft u. a.: Es ist mit den Kommunisten ziemlich einfach durchzuführen, für sie ist Staatsapparatur das Gegebene für die Idee des wirtschaftlichen Lebens.

Die SPD befindet sich in einer kritischen Situation. Sie hatte immer den Sozialismus verkündet. Schon 1918 begann die Auseinandersetzung die Beiden der Sozialdemokraten wußten auf einmal nicht mehr, was denn der Sozialismus sei. In der gleichen Situation befindet sich die SPD heute.

Preispolitik — Preiserhöhung für Vieh und Südbaden

Zweimäntelkontrollamt, habe sich lediglich auf Koordinierung ganz allgemeiner Fragen erstreckt. Dem amerikanischen Militärgouverneur nahestehende Kreise betonten die äußerst freundliche Atmosphäre der Besprechungen und gaben der Vermutung Ausdruck, daß man die sehr zuvorkommende Haltung des französischen Vertreters in allen Fragen auf die kürzlich stattgefundenen Reise des französischen Außenministers Schuman zurückführen könne.

Über die Regelung des Besatzungsstatuts wurde dahingehend Einigung erzielt, daß bis zum 30. Oktober alle die noch strittigen Fragen bezüglich des Besatzungsstatutes in einem Lagebericht ihren Niederschlag finden sollen. Ueber die Zusammenlegung von JEIA und Oficomex erklärte General Clay einen alliierten Pressevertreter, daß er mit einer Zusammenlegung am 1. November rechne.

Landesregierungen für Festsetzungen und Kontrollen der Löhne verantwortlich

Auf Grund einer kürzlich von dem französischen Militärgouverneur General Koenig erlassenen Anordnungen sind, wie Südema meldet, die Landesregierungen der französischen Besatzungszone ab sofort für die Festsetzung und Kontrolle der Löhne verantwortlich.

Verbot der KPD und SED in Westsektoren und Westdeutschland gefordert. Die Arbeitsgemeinschaft antikommunistischer Jugendverbände der Westsektoren forderte das Verbot der Kommunistischen Partei und der SED in den Berliner Westsektoren und in Westdeutschland.

US-Delegation der UN in Berlin. Dreizehn Angehörige der US-Delegation bei der UN-Vollversammlung in Paris trafen am Montag zu einem zweitägigen Besuch in Berlin ein.

LDP-Präsident von Brandenburg verhaftet. Der Vorsitzende der LDP im Land Brandenburg, Ingo von Körber, ist in seiner Wohnung in Potsdam verhaftet worden.

Lieutenant legt sein Amt nieder. Der bisherige geschäftsführende Vorsitzende der Ostzonen-LPD, Arthur Lieutenant, hat bei der Sitzung der vier stellvertretenden LDP-Vorsitzenden in Weimar sein Amt niedergelegt.

Köln-Deutzer Rheinbrücke dem Verkehr übergeben. Nach einer Bauzeit von dreizehn Monaten wurde am Samstag die modernste Brücke Europas, die „Köln-Deutzer Rheinbrücke“ im Rahmen einer Feier dem Verkehr übergeben.

langsam wieder zu erholen, von dieser Apparatur erdrückt werden.

Deutschland darf nicht im Elend bleiben

Das einzige, was uns geblieben ist, ist die Tüchtigkeit des deutschen Facharbeiters und die noch vorhandene Erfahrung des deutschen Kaufmanns und Unternehmers, der einmal etwas verspürt hat. Es ist notwendig, die Beziehungen zwischen dem Ausland und der deutschen Industrie wiederherzustellen.

Wahlkundgebungen im Südwestfunk

Baden-Baden. Der Südwestfunk wird seine Studios in der Zone während der Wahlkampagne den Parteien und Unabhängigen zur Verfügung stellen.

Ist das Pressefreiheit?

Landesregierung Rheinland-Pfalz klagt gegen „Rheinisch-Pfälzische Rundschau“

Neustadt (Hardt). Wie die „Rheinpfalz“ erfährt, hat Justizminister Dr. Süsterhenn gemeinsam mit Minister Altmeyer und anderen Ministern gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinisch-Pfälzischen Rundschau“, dem Parteileiter der Demokratischen Partei von Rheinland-Pfalz, Straßantrag gestellt.

Seydlitz will Ostzonenpolizei organisieren

Berlin. Der Gründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Moskau, General Walter von Seydlitz, traf am Freitagabend mit drei weiteren höheren deutschen Offizieren dieses Komitees in Berlin ein.

Londen. Das Londoner Wochenblatt „The people“ schreibt in seiner Sonntagsausgabe, daß Seydlitz die Ostzonenpolizei organisieren solle, die nach Abzug der sowjetischen Truppen die Kontrolle übernehmen soll.

Zeitgeschehen — kurz berichtet

die von den Amerikanern errichtete behelfsmäßige „Pattonbrücke“ möglich war, erheblich erleichtert werden.

Neue russische Flugzeugtypen in der Ostzone stationiert. Auf den Flugplätzen Dessau und Köthen, teilweise auch Halle und Bernburg, treffen ständig neuartige viermotorige russische Bomber ein.

Bürgermeister von Delitzsch auf der Flucht erschossen. Der Bürgermeister von Delitzsch, Löser (CDU), wurde bei dem Versuch, seiner Verhaftung zu entgehen, von deutschen Polizisten und russischer Militärpolizei erschossen.

In Paris von Abberufung Koenigs nichts bekannt. Wie aus gut unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, ist dort von einer angeblichen Abkündigung des französischen Oberkommandierendes in Deutschland, General Koenig, nichts bekannt.

Atombomben für die Verteidigung der Suezkanalzone? Wie die Zeitschrift „Alkhar el Yom“ aus Kairo meldet, wird eine Anzahl Atombomben nach Ägypten gebracht werden, da dieses Land einen wichtigen Stützpunkt im Falle eines Krieges bildet.

Paraguay nimmt normale Beziehungen mit Spanien auf. Der Botschafter von Paraguay, Morales, teilte dem UN-Generalsekretär Trygve Lie in einem Schreiben mit, daß die Regierung von Paraguay beschlossen hat, die normalen diplomatischen Beziehungen mit Spanien wieder aufzunehmen.

Kosenkina schreibt ihre Memoiren. Die russische Lehrerin, die sich in New York aus einem Fenster des Sowjetkonsulats stürzte, hat mit der Abfassung ihrer Memoiren begonnen.

Marshall in Athen. Außenminister Marshall hat sich am Samstag im Flugzeug nach Athen begeben, wo er sich persönlich von den Auswirkungen des Marshall-Planes auf Griechenland überzeugen will.

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redaktor: Günter Asmann. Anshr. des Redakt.: Lehr/Schw., Postf. 27, Tel. 226, Verlag: Demokratische Verlagsanstalt, Lehr/Schw., Druck: Minizit Schauenburg, Lehr/Schw. — K. & H. Geiser, Basalt (Baden). — Südwestdruck K.-G., Lörrach. — A. Reiff & Co., Offenburg (Baden).

Warum muß ich wählen?

Die Parteien rüsten sich zum Endspurt zu den Kommunalwahlen, die auf die Dauer von vier Jahren das politische Gesicht unseres Gemeindelebens bestimmen sollen.

Freiburger DP-Liste trägt Nr. 1

Die Demokratische Partei in Freiburg reichte am Freitag kurz vor den Sozialdemokraten als erste Partei ihre Wahlvorschlagsliste ein, die nunmehr die Nummer 1 trägt.

Landkreis Freiburg berichtet

Breisach. Anlässlich des Erntedankfestes fand im Münster unter großer Beteiligung der Pfarrangehörigen eine kirchliche Erntedankfeier statt.

Ausstellung Richard Engelmann

Den achtzigjährigen Richard Engelmann zu ehren, veranstaltet das Freiburger Augustinermuseum eine Ausstellung, die eine gute Ueberschau über das Lebenswerk des in Bayreuth geborenen, lange an der Staatlichen Kunsthochschule in Weimar tätigen und seit einem Jahrzehnt in Kirchzarten wohnenden Bildhauers vermittelt.

Mehr Wein als Wasser

Endingen a.K. Das alte Wort, daß Endingen die Stadt ist, die manches Jahr mehr Wein als Wasser hat, bewahrheitet sich dieses Jahr in vollem Maße.

Gleich nach Beginn der Weinlese fanden sich die ersten Weinaufkäufer ein. Und selbsterstigt sich von Tag zu Tag der Verkehr der Lastwagen, die den Neuen bei den Winzern abholen.

Blick in den Kreis Neustadt

Neustadt. Herr Gustav Siebler hat nach dem Besuch der Fachschule des Lebensmittel-Einzelhandels in Neuwied die Abschlussprüfung mit gutem Erfolg bestanden.

Wie im vergangenen Jahr führt auch jetzt wieder die Handelsschule bei genügender Beteiligung Abendkurse durch.

Die Talstraße wird zur Zeit erneuert. Die Straßendecke war so stark beschädigt, daß sie vollkommen aufgerissen werden muß.

Titisee. Innerhalb weniger Monate wurde nachts ein zweites Mal in den Viehstall des Kaiserhofes im oberen Jostal eingebrochen und ein fünf Monate trüchtiges Rind gestohlen.

mußten immer wieder zurückgestellt werden, da die nötigen Mittel nicht zur Verfügung standen.

Endingen a.K. Wenige Monate nach seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft ist der 28jährige Karl Bottling, einziger Sohn des Schuhmachers Josef Bottling, gestorben.

Waldkirch. Der Musik- und Gesangverein „Eintracht“ veranstaltete im Rathaussaal einen wohlgeleiteten Liederabend. Neben den Gesangsvorträgen des Männerchores erfreuten Frau Liesel Stocker (Sopran) und Frä. Anneliese Sauter (Alt) mit alten Volksweisen.

schiedenen Teile der auseinandergezogenen Gemeinde berücksichtigt.

St. Blasien. Für die Wahlen zum Gemeinderat und zur Kreisversammlung am 14. November bildet das Gemeindegebiet einen Wahlbezirk. Zum Stellvertreter des Gemeindevorstandes wurde in der letzten öffentlichen Gemeinderatsitzung der I. Beigeordnete Alfred Berthold, zum Schriftführer der Ratschreiber Alois Herr und als dessen Stellvertreter der Ratschreiber Karl Mehl berufen.

St. Margen. Hier fand kürzlich eine überaus stark besuchte, vom Badischen Pferdestammbuch veranstaltete Stuten- und Fohlenschau statt.

St. Margen. Hier fand kürzlich eine überaus stark besuchte, vom Badischen Pferdestammbuch veranstaltete Stuten- und Fohlenschau statt. Etwa 110 Stuten und Fohlen aus den Zuchtgebieten St. Margen und St. Peter waren zu sehen, die unter dem Namen St. Margener Fliche bekannt sind.

meißelt, den Opfern des Angriffs vom Oktober 1944 symbolhaftes Denkmal zu bedeuten vermag, sei dahingestellt. Groß ist die Anzahl der geschaffenen Büsten, unter denen die treffliche des Kirchenrats Weiß und die mißglückte des Schauspielers Clausen die obere und untere Grenze für ein Mittelmaß darstellen, wie denn auch in den Skizzen, Entwürfen, kleinen Figuren, von einer Reihe haderlichen ergänzt, sich die unterschiedlichsten Dinge mischen, immer jedoch interessant vor allem, um die folgerichtige Entwicklung, die schöpferische Hand des bald drei Menschenalter überschauenden Mannes zu kennzeichnen.

Tanzabend Alexander von Swaine

Unter dem Titel „Tänze und Gestalten“ faßte Alexander von Swaine die Folge seiner in den Kammerspielen gezeigten Darbietungen zusammen — bezeichnend genug; denn gerade in den im engeren Sinn tänzerischen und in den einen Typus charakterisierenden und zugleich physische und psychische Vorgänge verdeutlichenden Stücken liegt die besondere Stärke dieses jungen Meisters.

Was bietet Freiburg?

Dienstag, den 19. Oktober:

Stadt, Bühnen, Casino: „Die Duberry“, 20 Uhr. — Kammermusik: „Aimée“, 19.30 Uhr.

Mittwoch, den 20. Oktober:

Stadt, Bühnen, Casino: „Don Giovanni“, 19.30 Uhr.

Täglich:

Lichtspiele, Casino: „Jenseits ohne Hoffnung“, — Friedrichsbau: „Film ohne Titel“, — Harmonie: „Finale“, — Union: „Zwei glückliche Menschen“.

Augustinermuseum: Richard Engelmann. — Paulussaal: Georges Braque. — Kunstabell Straße: Wolf Hart.

Studio Freiburg sendet

Dienstag, 19. Oktober:

8.15 Uhr: Morgenkonzert; 8.15 Uhr: Nachrichten-Morgenmusik; 8.45 Uhr: Soubödien; 11.30 Uhr: 15 Minuten Volksmusik; 11.45 Uhr: Landfunk; 12.45 Uhr: 1/2 Stunde der Gewerkschaften; 13.15 Uhr: Musik nach Tisch; 14.15 Uhr: Soubödien; 15.15 Uhr: Theater-Rundschau; 18.25 Uhr: Nachrichten aus Baden und Württemberg.

Mittwoch, 20. Oktober:

8.15 Uhr: Nachrichten-Morgenmusik; 8.45 Uhr: Soubödien; 11.30 Uhr: Sang und Klang aus dem Schwarzwald; 11.45 Uhr: 1/2 Stunde für Württemberg-Hohenzollern; 12.10 Uhr: Mittagskonzert; 12.45 Uhr: Die Zeit im Gespräch; 14.15 Uhr: Soubödien; 14.35 Uhr: Für den Heimatsfreund; 18.45 Uhr: Der Kulturspiegel von Dr. Robert Gießler; 18.55 Uhr: Nachrichten für Baden und Württemberg.

Parteinachrichten

Versammlung des Orts- und Kreisvereins Freiburg

Am Mittwochabend trafen sich die Freiburger Parteifreunde der Demokratischen Partei, um über die Vorbereitungen zur Wahl zu beraten. Es gelang, eine einstimmig angenommene Kandidatenliste für die Gemeindevahl zustande zu bringen.

Versammlungskalender des Landkreises Freiburg

20. Oktober, 20 Uhr: Mengen, Gasthaus „Zum Adler“. (Redner: Oekonomierat Viehhauer, M.d.L.)

20. Oktober, 20 Uhr: Schallstadt, Schulhaus (Redner: Bürgerm. Stahl, M.d.L., Titisee).

13. November, 19.30 Uhr: Ihringen, Gasthaus „Zum Hirschen“. (Redner: Oekonomierat Viehhauer, M.d.L. und Bürgermeister Menges, M.d.L.)

„Petruschka“ einerseits, das Menuett aus „Don Juan“, der „Cavalier à la mode“ und der „Mäder“ andererseits die besonderen, mit Recht begeistert aufgenommenen Höhepunkte.

Man verziehe, daß das „Gebet“ eine Nieter war (da die Beethovenische Musik einen ganz andern Inhalt birgt als die tänzerische Ausdeutung vorgab) und daß das „De profundis“ trotz äußerem Aufwand problematisch und unbefriedigend wirkte; mit seinem den Geist des Rokoko bezaubernd bannenden Cavalier, seinem köstlichen Mäher machte v. Swaine dies um so leichter vergessen, als er hier Außerordentliches, Unübertreffliches gab.

Einen in seiner Art vortrefflichen Begleiter hatte v. Swaine in Rudolf Beyer, der mit ungemeiner Präzision das Klavier (um Hindemith zu zitieren) als Schlaginstrument behandelte.

Fr. W. Lothar



